

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Erstmals wird heute eine Landtagssitzung im Fernsehen übertragen

Vorstoss des FBP-Landesausschusses und der FBP-Fraktion hatte Erfolg – Ausstrahlung über den Landeskanaal und Wiederholung

(G. M.) – Ein historisches Ereignis für den Landtag: Erstmals wird heute eine Parlamentsdebatte direkt über den Landeskanaal übertragen und am Samstag in einer Wiederholung nochmals am Fernsehschirm gezeigt. Für diese Übertragung ist allerdings ein Sachthema von ebenfalls historischer Bedeutung für unser Land gewählt worden, nämlich der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Der Vorstoss der FBP-Fraktion, diese historische Auseinandersetzung um die Zustimmung oder Ablehnung zur EWR möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, stiess auf positives Echo. Die Idee für die Live-Übertragung der Debatte und die nachfolgende Wiederholung zu einem späteren Zeitpunkt war vom FBP-Landesausschuss aufgegriffen worden, der sich vor kurzem in einer ganztägigen Klausurtagung mit der Problematik der europäischen Integration und vor allem mit dem EWR-Abkommen befasst hatte.

In diesem Landesausschuss, der den EWR-Vertrag von verschiedener Seite her beleuchtet hatte, war erkannt worden, welche Bedeutung dieses Abkommen für unser Land besitzt. Und aus dieser Überzeugung heraus ergab sich die Vorstellung, die Auseinandersetzung mit diesem Vertragswerk, mit den Auswirkungen auf unser Land und auf unsere Wirtschaft der Bevölkerung ungefiltert und ungekürzt zugänglich zu machen.

Die parlamentarische Arbeit in unserem Land erlebt damit eine Premiere.



FBP-Fraktionssprecher Dr. Ernst Walch, auf unserem Archivbild stehend bei einer früheren Landtagsdebatte, brachte den Vorstoß für eine Direktübertragung der EWR-Debatte im Landtag ein. Der FBP-Landesausschuss, der in der vorigen Woche eine Klausurtagung abhielt, stellte diese Forderung.

Unterschiedliche EWR-Umfragen

Meinungsumfragen unterliegen einer gewissen Unsicherheit, so dass es vorkommen kann, bei zwei praktisch gleichen Befragungen unterschiedliche Ergebnisse zu erhalten. Diese Tatsache wird wieder einmal erhärtet, wenn die Ergebnisse der Meinungsumfragen zum EWR-Abkommen betrachtet werden, die am Wochenende bekanntgegeben wurden.

Das Meinungsforschungsinstitut Demoscope ermittelte bei einer telefonischen Umfrage unter 600 Stimmberechtigten eine Zustimmung von 58 Prozent für den EWR, während sich am LIHGA-Informationstand der Regierung nur 40,6 Prozent für den EWR-Beitritt aussprachen.

Für beide Umfragen gibt es gewisse Einschränkungen, die bei der Bewertung der Ergebnisse gemacht werden müssen: Am EWR-LIHGA-Stand konnten nicht nur Stimmberechtigte mitmachen, sondern auch Jugendliche und Ausländer, so dass sich kein genau abgestimmtes Bild über das mögliche Verhalten der Stimmberechtigten ergibt.

Bei der anderen Umfrage wurden zwar nur die Angaben von Stimmberechtigten ausgewertet, doch hat rund ein Drittel der Befragten die Antwort auf die Fragen verweigert. Daraus kann geschlossen werden, dass viele ihre Karten nicht aufdecken wollen. Kommt hinzu, dass die Fragestellung geschlossen war: Also nur EWR, EWR mit EG oder Alleingang als Wahlmöglichkeit. In der Schweiz lautete die Frage in einer ähnlichen Umfrage nur, ob man dem EWR beitreten sollte: Deshalb dort ein vergleichsweise deutlich anderes Ergebnis.

Bedenken gegen die Europafähigkeit des Offshore-Status

Gutachten von Prof. Baudenbacher stellt Unvereinbarkeit staatlicher Beihilfen mit Prinzipien des europäischen Marktes fest

(G. M.) – Kaum ein Gutachten hat eine solche Nachfrage zu verzeichnen wie das Gutachten von Prof. Dr. Carl Baudenbacher «Zur EWR-Verträglichkeit der besonderen Gesellschaftssteuern für Holdinggesellschaften und Sitzunternehmen im Fürstentum Liechtenstein». Kein Wunder, denn die Nachricht von der Weigerung der Regierung, dieses Gutachten zu veröffentlichen, wie die übrigen EWR-Gutachten, erhöhte die Nachfrage. Das Gutachten kommt zum Schluss, wie bereits berichtet, dass die besonderen Gesellschaftssteuern unter das EG-Beihilfverbot fallen würden.

Wenn sich der Landtag heute zur ersten Sitzung nach der Sommerpause trifft, um als erstem Traktandenpunkt über den Bericht und den Antrag der Regierung zum Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu beraten, dann dürfte dieses bisher unter Verschluss gehaltene Gutachten eine

bestimmte Rolle spielen, obwohl es eigentlich gar nicht zur Diskussion steht. Die Aussagen der Expertise betreffen jedoch einen derart sensiblen Bereich unserer auslandabhängigen Volkswirtschaft, dass sich der Landtag zweifellos damit befassen wird.

Diese Auseinandersetzung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Auswirkungen auf den Finanzdienstleistungssektor und insbesondere auf das Holdingwesen im Bericht der Regierung praktisch keine Erwähnung finden. Direkt wird dieser Wirtschaftssektor vorerst nicht vom EWR-Abkommen betroffen, doch indirekt sind die Auswirkungen laut Gutachten Baudenbacher zweifellos vorhanden. «Tatsächlich lässt sich das liechtensteinische Offshore-Statut schon von seiner Zielsetzung nur schwer mit den Prinzipien des Europäischen Wirtschaftsraumes in Einklang bringen», schreibt Gutachter Baudenbacher und fährt dann unter Erwähnung der so-

genannten staatlichen Beihilfen weiter: «Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen den Wettbewerb zu verfälschen drohen, sind grundsätzlich unzulässig, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen.»

Allerdings gibt Prof. Baudenbacher zu bedenken, dass die Anwendung des europäischen Beihilferechts auf die liechtensteinischen Steuervorteile einer Reihe spezifischer Schwierigkeiten begegne. Es handle sich nicht um Beihilfen in Form positiver Zuwendungsleistungen, sondern die Hilfen beschränkten sich auf Belastungsverminderungen in Form von Steuervergünstigungen. Die liechtensteinischen Steuerprivilegien unterscheiden sich nach seiner Auffassung von den von der Europäischen Gemeinschaft bisher beurteilten Fälle, doch hält der Gutachter an seiner Schlussfolgerung

fest, dass sie unter das EG-Beihilfverbot fielen. Prof. Baudenbacher führt in seinem Gutachten auch an, dass Offshore-Privilegien dieser Art zwar auch in einigen Mitgliedstaaten der EG bekannt seien, die – soweit ersichtlich – bislang noch nicht Gegenstand von Kommissions- oder Ratsentscheidungen gewesen seien. Dennoch gibt er mit aller Deutlichkeit zu verstehen: «Auch wenn noch keine Präzedenzfälle vorliegen, ist nicht zu verkennen, dass Offshore-Privilegien, wie sie in Liechtenstein gewährt werden, in mehrfacher Hinsicht gegen die Vertragsziele verstossen können.»

Angesichts der Brisanz dieser Aussagen wird es sich der Landtag wohl kaum leisten können, ebenso stillschweigend wie die Regierung über dieses Gutachten hinwegzugehen. Sofern das Parlament seine Aufgabe ernst nimmt, dürfen auch Fragen über das sonderbare Verhalten der Regierung nicht ausbleiben.

Zunahme der Schweizer Exporte

Massive Abnahme des Handelsbilanzdefizits

Bern (spk) Das Schweizer Aussenhandelsdefizit ist im August gegenüber der Vorjahresperiode um 91 Prozent auf 70,6 Mio. Fr. gesunken. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Exporte um 5,7 Prozent auf rund sechs Mrd. Fr. die Importe sanken um sechs Prozent auf 6,1 Mrd. Fr. teilte die Eidg. Zollverwaltung am Dienstag mit.

Die Zunahme der Exporte erklärte die Eidg. Zollverwaltung am Dienstag mit der massiven Steigerung bei ausgeführten Konsumgütern. Ernst Widrig, vom Verband Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM), führte die Zunahme in erster Linie auf den Verkauf von zwei Swissair-Maschinen ins Ausland sowie den stetig steigenden Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen nach Osteuropa zurück.

Ohne den Handel mit Edelmetallen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten führte

die Schweiz im August 1992 Waren im Wert von 5,6 Mrd. Franken aus und für 5,8 Mrd. Fr. ein. Das entspricht einer Steigerung der Exporte von nominal 5,9 Prozent und real um sechs Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Einfuhren nahmen dem Wert nach um 5,5 Prozent und dem Volumen nach um 6,3 Prozent zu. Gemessen am Mittelwertindex veränderten sich die Preise der Ausfuhren nicht, jene der Einfuhren legten jedoch um 0,9 Prozent zu. Aussenhandelsdefizit sinkt

In den ersten acht Monaten 1992 nahmen die Exporte real und nominal beachtlich zu. Dagegen gingen die Importe zurück. Die Preise der Ausfuhren stiegen deutlich weniger an als jene der Einfuhren. In den ersten acht Monaten stiegen die Ausfuhren – ohne Edelmetalle – um 6,9 Prozent auf 56,6 Mrd. Fr. die Einfuhren mit 5,84 Mrd. Franken verfehlten das Vorjahresergebnis um 0,4 Prozent.

Zeichen für die Umwelt setzen

Aufruf der Regierung zum freiwilligen autofreien Bettag

(pafl) – Der Bettag (Sonntag, 20. September) wird in unserem Land stets als Tag der Besinnung und des Dankes gefeiert. Er ist ein besonderer Tag, der sich von den üblichen Sonntagen im Jahr unterscheidet, wenn wir uns dessen bewusst sind und ihn anders gestalten und unsere Mitwelt in den Ablauf dieses Tages miteinbeziehen. Was liegt näher, als freiwillig auf unser Auto zu verzichten.

Dies wäre eine sinnvolle Geste, ein positiver Beitrag für unsere Mitwelt. Selbstverständlich ist diese Geste nur ein sehr kleiner Beitrag. Aber er ist notwendig, ein sichtbares Zeichen für unsere Umwelt zu setzen und damit zum Ausdruck zu bringen, dass sie uns ein ernstes Anliegen ist.

Selber Initiativen ergreifen Auch wenn das Land Liechtenstein

die Umweltsituation aus eigener Kraft nicht verbessern kann, weil das Umweltproblem ein grenzüberschreitendes Problem ist, so darf uns das nicht abhalten, selber Initiativen zu ergreifen. Wir müssen jede Chance nutzen, für unsere Umwelt etwas Gutes zu tun. In diesem Sinne hilft jeder Beitrag, mag er auch noch so klein sein, auf dem Weg zur Verbesserung unserer Umweltsituation.

Alle sind aufgefordert

Die Aktion kann nur erfolgreich sein, wenn jeder einzelne von uns bereit ist, aus freien Stücken mitzutun. Es braucht die Bereitschaft. Sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Geben wir ein Zeichen unserer Bereitschaft.

Die Regierung möchte alle Autofahrer aufrufen, an diesem Bettag freiwillig auf das Auto zu verzichten!

Schweiz: Deutlich weniger Asylgesuche

Bern (AP) Der Zustrom der Asylbewerber hat sich von Januar bis August gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte reduziert. Insgesamt stellten 12 739 Menschen ein Asylgesuch, 1991 waren es noch 28 530 Gesuche gewesen. Wie aus der am Dienstag veröffentlichten Asylstatistik weiter hervorgeht, stammte rund ein Drittel der Gesuchsteller aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Insgesamt hielten sich Ende August knapp 94 000 Menschen in der Schweiz auf, die über eine Aufenthaltsberechtigung nach Asylgesetz verfügen oder als ehemalige Asylbewerber eine Aufenthaltsbewilligung erhalten haben. Darunter sind gemäss Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) 27 072 anerkannte Flüchtlinge, 14 372 Menschen mit einer humanitären Bewilligung, 36 500 Menschen mit hängigem Verfahren und 650 vorläufig Aufgenommene aus dem ehemaligen Jugoslawien. Insgesamt haben von Januar bis August 4387 Staatsbürger aus Ex-Jugoslawien ein Gesuch gestellt, Asyl gewährt wurde im gleichen Zeitraum 250 Bewerbern.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

Schaan

Birnen 1kg 2.20
Nektarinen 1kg 1.95
Zwetschgen 1kg 1.80

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.